

01 - über Herrn Oberbürgermeister Buchhorn – gez. Buchhorn

Bürgerbeteiligungen an den Planungen zum Aus- und Umbau der Autobahnen in Leverkusen
- Anfrage der Fraktion BÜRGERLISTE vom 03.03.2014

Der Begriff Beteiligung umfasst die Teilnahme oder Mitgestaltung von Akteuren an Planungs- und Entscheidungsprozessen. Dabei wird in ein formales und ein informelles Beteiligungsverfahren unterschieden. Für den Autobahnausbau ist als gesetzliches Beteiligungsverfahren das Planfeststellungsverfahren vorgesehen. Während das Planfeststellungsverfahren an gesetzliche Regelungen gebunden ist und eine bestimmte Vorgehensweise einhalten muss, kann im informellen Beteiligungsprozess unterschiedliche und frei wählbare Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden. Für das Planfeststellungsverfahren sind der Vorhabenträger und die planfeststellende Behörde zuständig. Beim Autobahnausbau sind der Landesbetrieb Straßen NRW als Vorhabenträger und als planfeststellende Behörde die Bezirksregierung Köln ausschlaggebend. Die Stadt Leverkusen, die das Verfahren nur begleitet, hat sich entschieden noch darüber hinausgehende informelle Beteiligungsformen selber anzubieten, obwohl auch hier ganz besonders der Landesbetrieb Straßen NRW gefordert ist. Um u. a. diese Öffentlichkeitsbeteiligung sicherzustellen, hat der Rat der Stadt Leverkusen dafür in seiner Sitzung am 13.05.2013 beschlossen, eine Koordinierungsstelle – zugeordnet dem Baudezernat – zu etablieren.

Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Leverkusen

Vorbereitend zur Öffentlichkeitsarbeit ist es ein methodisch notwendiger Schritt zunächst potenziell Betroffene der Planungsmaßnahme zu identifizieren. In einer sogenannten Interessierten- oder Akteurs-Analyse werden Betroffene, Befürworter, Kritiker aber auch Nutznießer ermittelt. Dies ist in einem internen Prozess in der Stadtverwaltung erfolgt. Dieser Baustein zur Beteiligung wird auch im Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung herausgegeben vom Ministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung unter Punkt 9.1 auf Seite 77 aufgeführt.

Neben der Identifizierung der Akteure ist es vorbereitend zur Öffentlichkeitsarbeit notwendig, eine sogenannte Prozessarchitektur für die Beteiligung zu entwickeln. Hintergrund ist, unterschiedliche Aktivitäten mit unterschiedlichen Instrumenten vorzusehen, sodass alle Akteure sich entsprechend ihrer Wünsche, Belange, Zeitressourcen und Interessen einbringen können.

Diese Prozessarchitektur ist zunächst von der Koordinierungsstelle der Stadt Leverkusen erarbeitet und dem Bau- und Planungsausschuss am 16.09.2013 als zuständiges Gremium vorgestellt worden. Die vorgesehenen Beteiligungsformen sind in vielfachen Verfahren erprobt und finden sich auch im Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) wieder (s. z. B. ab Seite 97 unter Punkt 9.6 Dialog- und Beteiligungsforen). Sobald Straßen NRW sein Beteiligungskonzept vorgestellt hat, soll eine Verzahnung der

vorgesehenen Öffentlichkeitsarbeiten erfolgen. Damit wird eine Vielfalt von öffentlichkeitsrelevanten Aktivitäten gewährleistet, die über die nächsten Jahre allen Bürgern und Betroffenen der Stadt Leverkusen einen hohen Grad an Information oder aber Beteiligung an diesem herausragenden Verkehrsprojekt ermöglicht. Die Stadt Leverkusen hat Ihre Beteiligung auf Information und einem konstruktiven Dialog ausgerichtet, da sie nicht planende Behörde ist und somit auch nicht ein Mitspracherecht einräumen kann. Dies kann nur vom Landesbetrieb Straßen NRW erfolgen.

Vor diesem Hintergrund sind folgende Beteiligungsformate durch die Koordinierungsstelle zunächst erarbeitet worden:

Veranstaltungsart	Wer soll erreicht werden	Warum ist diese Form gewählt worden
Informationsveranstaltungen	Allgemeine Öffentlichkeit, eine große Teilnehmerzahl soll erreicht werden	Mit regelmäßigen Informationsveranstaltungen soll eine hohe Kontinuität der Vermittlung von Informationen und eine Transparenz während des gesamten Planungsprozesses gewährleistet werden. Ausschließlich Information mit Nachfragen.
Rote Couch	Offene Diskussionsrunden zu bestimmten Themen	In einem kleineren Rahmen mit sehr eng definierten Themen soll eine Diskussion ermöglicht werden. Ein kurzes Impulsreferat von eingeladenen Gästen soll jeweils Ausgang der Gespräche mit den anwesenden Bürgern werden.
Dialogforum	Fester Teilnehmerkreis	Die unterschiedlichen Interessen der Stadtgesellschaft werden abgebildet. In regelmäßigen Abständen sollen abwechselnde Themenkomplexe diskutiert und unterschiedliche Sichtweisen deutlich gemacht werden, um diese dann an den Vorhabenträger weitergeben zu können. Aufgrund der vorgesehenen Arbeitsmethodik ist die Teilnehmerzahl eingeschränkt, um arbeitsfähig zu bleiben. Gleichzeitig dienen die Teilnehmer als Multiplikatoren für die jeweiligen Interessensgruppen.
Projektbeirat	Politik, Verwaltung, Behörden	Im Projektbeirat sollen alle Informationen der unterschiedlichen Beteiligungen sowie des Planungsprozesses zusammengeführt werden. Der Projektbeirat soll vor allem zur Vorbereitung der politischen Gremien dienen.

Nach den methodischen Vorbereitungen sind die ersten Schritte der Öffentlichkeitsarbeit erfolgt: Informationsveranstaltung im Forum am 09.12.2013 für alle, die sich den Sachstand erläutern lassen wollten und Fragen an Straßen NRW hatten. Am 13.02.2014 fand eine weitere Informationsveranstaltung zu den Probebohrungen für die Baugrunduntersuchung statt. Ein erstes (vorbereitendes) Treffen des Dialogforums erfolgte im Januar dieses Jahres. In der darauf folgenden Sitzung am 19.02.2014 hat der Projektleiter von Straßen NRW berichtet und für eine sehr konstruktiv geführte Diskussion zur Verfügung gestanden. Der Projektbeirat hat zum ersten Mal am 20.02.2014 getagt.

Dialogforum

Weitere Veranstaltungsaktivitäten und Printmedien sind für die nächste Zeit geplant. Dabei hofft die Verwaltung auch auf eine starke Unterstützung des Dialogforums. Denn an dieser Stelle sollen nicht nur zahlreiche Themenkomplexe diskutiert werden, sondern auch eine aktive Mitarbeit erfolgen. Die Teilnehmer sind zum einen Multiplikatoren für die interessierte Öffentlichkeit, können sich aber auch intensiv in den Beteiligungs- und Planungsprozess einbringen. Auch vor diesem Hintergrund hat niemand von der Stadtverwaltung den Vorsitz im Dialogforum, sondern es ist ein externer Moderator beauftragt worden, der diesen aktiven Beteiligungsprozess strukturiert und vorbereitet. Dabei gilt, die Teilnehmer sind selber für den Inhalt verantwortlich und Koordinierungsstelle sowie Moderator bieten nur den Verfahrensablauf an und unterstützen in den Strukturen.

In diesem Zusammenhang war es in der vorbereitenden Sitzung zum Dialogforum einer der ersten Tagesordnungspunkte, über notwendige weitere oder andere Akteure zu diskutieren, um gegebenenfalls Modifikationen bzw. Ergänzungen der Gruppenteilnehmer vorzunehmen. Dabei ist von den Teilnehmern des Dialogforums selber darauf aufmerksam gemacht worden, dass ein Vertreter der Speditionen fehlen würde und die Koordinierungsstelle wurde gleichzeitig gebeten, einen bestimmten Spediteur anzusprechen.

Selbstverständlich kann es in den Diskussionen auch zu unterschiedlichen Meinungen oder Auffassungen innerhalb der Gruppe kommen. Gerade hier soll ein Meinungsaustausch und Dialog erfolgen, der die unterschiedlichen Sichtweisen zur Diskussion stellt und für die allgemeine Öffentlichkeit und der planenden Behörde sichtbar werden lässt.

Vor diesem Hintergrund ist es auch unbedeutend, wie viele Bürgerinitiativen oder andere Institutionen im Dialogforum sitzen, denn es geht nicht um Abstimmungsergebnisse, sondern um die unterschiedlichen Sichtweisen und Meinungen, die benannt, diskutiert und öffentlich gemacht werden und zur Verbesserung des Planungsprozesses dienen sollen.

Um die allgemeine Öffentlichkeit über die Arbeit des Dialogforums zu informieren, wird nach jeder Sitzung ein kurzer Presstext gemeinsam formuliert. Auch wird nach Zustimmung aller Teilnehmer das jeweilige Protokoll der Sitzung des Dialogforums auf der Internetseite der Koordinierungsstelle veröffentlicht.

Fazit

Öffentlichkeitsbeteiligung beginnt bei Information, heißt auch Meinungen äußern und endet bei Mitspracherechten. Es muss aber eingebunden bzw. vorangeschaltet der formalen Beteiligung sein, denn informelle Beteiligung kann das eigentliche formelle Verfahren nicht ersetzen. Erst in den formalen Beteiligungen kann Rechtssicherheit gewährleistet und ggfs. Klagerechte gesichert werden. Auch deshalb ist es Ziel der Koordinierungsstelle, Bürger zu informieren und im Erkennen ihrer Betroffenheit zu unterstützen, um im formalen Planfeststellungsverfahren ihre Belange fundiert und ausreichend vorbringen zu können.

Dezernat für Planen und Bauen

Anlage

Bericht der Dezernentin im BP am 16.09.2013
(siehe auch z.d.A.-Rat Nr. 11 vom 9. Oktober 2013)

G:\01\011\Zwischenordner\2648 - Stn. v. 21.03.14 zur Anfrage.doc